

Raumfahrtstrategie – Rechtliche Aspekte

Das Bundeskabinett hat am Mittwoch, dem 27. September 2023, die neue [Raumfahrtstrategie der Bundesregierung](#) beschlossen. Die neue Raumfahrtstrategie soll der zunehmenden Bedeutung der Raumfahrt für unsere Gesellschaft Rechnung tragen. Im besonderen Fokus stehen das Voranbringen privatwirtschaftlicher Initiativen in der Raumfahrt, bekannt als New Space, der Einsatz von Raumfahrtanwendungen zur Bekämpfung des Klimawandels und ein verantwortungsvolles und nachhaltiges Handeln im Zusammenhang mit Raumfahrt. Die letzte Raumfahrtstrategie stammte aus dem Jahr 2010.

Bereits vor der Veröffentlichung war in der deutschen Industrie starke Ernüchterung und eine geringe Erwartungshaltung zu spüren. Dies vor dem Hintergrund, dass das nationale Weltraumprogramm für 2024 um ca. 15 Prozent auf ca. 314 Millionen Euro gekürzt werden soll. Die 45 Unternehmen im AKRK (Arbeitskreis Raumfahrt-KMU) haben dazu einen offenen Brief an Kanzler Scholz veröffentlicht. Der BDLI hatte schon zum höheren Budget 2023 kommentiert, dass die Budgetansätze nicht ausreichend für eine strategische Positionierung Deutschlands im globalen Wettbewerb und eine führende deutsche Beteiligung an europäischen und internationalen Raumfahrtprogrammen sind.

Doch was sind die rechtlich relevanten Inhalte der neuen Strategie? Auf welche rechtlichen Themen wird eingegangen?

Es fällt zunächst auf, dass die Fortentwicklung des Rechts – auf globaler oder nationaler Ebene – nicht zu den neun wesentlichen Handlungsfeldern der Strategie zählt. Dennoch finden sich über das Strategiedokument verteilt zahlreiche rechtliche Aspekte und auch konkrete Ziele und Maßnahmen.

Vergaberechtliche Aspekte

Gleich mehrere Aussagen betreffen das Gebiet des Vergaberechts. Zum einen setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass ESA, EUMETSAT und EU öffentliche Aufträge so vergeben, dass diese den europäischen Wettbewerb weiter stärken, Innovationen fördern und wo möglich im Sinne einer nachhaltigen Weltraumnutzung verwendet werden und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung auf der Erde unterstützen. Dabei soll die Offenheit der Auftragsausschreibung für KMU und Start-ups gewährleistet werden. Hintergrund für diese doch eher allgemein gehaltenen Forderungen ist wohl die laufende Ausschreibung der EU-Kommission zu IRIS2, bei der nur ein Konsortium großer Hersteller und Betreiber die erste Auswahlphase überstand.

Ein kleiner, aber interessanter Hinweis erfolgt zu funktionalen Leistungsbeschreibungen. Bei diesen könnten Unternehmen ihre Agilität ausspielen. Konkrete Maßnahmen werden hierzu allerdings nicht vorgeschlagen.

Schwammig bleibt auch die Diskussion von Ankerkundenmodellen. Durch diese könne unternehmerische Sicherheit gewährt und gleichzeitig der Zugang zu privatem Kapital erleichtert werden. Die Bundesregierung werde sich dafür einsetzen, dass im Rahmen von ESA- und EU-Vergabeverfahren zunehmend das Ankerkundenprinzip eingesetzt wird. Nachdem Ankerkundenmodelle Gegenstand eines der Workshops zur Ausarbeitung der Strategie waren, überrascht, dass hierzu nicht mehr und konkreteres ausgeführt wird. Auch bleibt unverständlich, warum nur die ESA und die EU, nicht aber die nationale Ebene für den Einsatz von Ankerkundenmodellen erwähnt werden.

Im europäischen Trägermarkt sollen Privatunternehmen durch wettbewerbliche, an Bedarfen und nachhaltiger Ent-

wicklung orientierte Ausschreibungen für Startdienstleistungen eine wichtigere Rolle spielen. Die Bundesregierung will über neue, wettbewerbliche europäische Beschaffungsmodelle von Startdienstleistungen dafür sorgen, dass der europäische Zugang zum Weltraum unabhängig, verlässlich und kosteneffizient wird. Auch hier mangelt es an Konkreterem, insbesondere bleibt unklar, um was für neue Beschaffungsmodelle es sich handeln soll.

Die Strategie sieht den Aufbau eines Space-Innovation Hub vor. Es bestünde ein Bedarf nach mehr Austausch zwischen öffentlichen Bedarfsträgern und Anbietern von Raumfahrtdienstleistungen. Beschaffungsprozesse müssten innovativer und transparenter werden, Synergien gelte es verstärkt zu nutzen. Deshalb werde die Bundesregierung bei der Deutschen Raumfahrtagentur einen Space-Innovation Hub initiieren. Dieser solle als Anlaufstelle für die NewSpace-Szene dienen, um Ideen für innovative Projekte und Umsetzungsmöglichkeiten gemeinsam mit zivilen und militärischen Akteuren zu entwickeln. In einer ersten Reaktion hat die BDI NewSpace Initiative die Ansiedlung des Hubs bei der Raumfahrtagentur kritisiert. Es wäre sinnvoller, diesen bei der Bundeswehr anzusiedeln, um eine bessere Zusammenarbeit zwischen dem dynamischen NewSpace-Ökosystem und der Truppe zu ermöglichen. Gerade an dieser Stelle gäbe es aufgrund komplexer Prozesse und Vergabeverfahren großen Handlungsbedarf.

Völkerrechtliche Aspekte

Einen breiteren Raum nehmen Aussagen, Ziele und Maßnahmen auf der völkerrechtlichen Ebene ein. Im Kapitel 2.1 „Europäische und internationale Zusammenarbeit“ wird klargestellt, dass sich Deutschland auch weiterhin für verbindliche internationale Regelwerke zur nachhaltigen Nutzung des Weltraums einsetzen wird. Deutschland gestaltet in internationalen Institutionen wie dem UN-Ausschuss für die friedliche Nutzung des Weltraums (COPUOS) einen internationalen Rechtsrahmen mit und trägt zur Vereinbarung gemeinsamer Richtlinien, Standards und Normen bei, die die sichere und nachhaltige Erforschung und Nutzung des Weltraums auch für zukünftige Generationen ermöglichen. Auch Kapitel 2.5. „Sicherheit, strategische Handlungsfähigkeit und globale Stabilität“

greift dies auf. Die Schaffung international geltender Regeln und Maßnahmen, die eine friedliche und nachhaltige Nutzung des Weltraums erlauben, Gefahren für Raumfahrtaktivitäten reduzieren und ein Wettrüsten im All verhindern, bleibe ein zentrales Ziel der Bundesregierung. Im Rahmen der Vereinten Nationen bringt sich Deutschland zusammen mit seinen engen Partnern in entsprechende Verhandlungsformate und Arbeitsgruppen ein.

In diesem Zusammenhang lehne Deutschland destruktive Tests bodengebundener Anti-Satellitenraketen ab und hat sich gemeinsam mit den USA und anderen Partnerländern dazu verpflichtet, künftig keine solchen Tests durchzuführen.

Als Ziel und Maßnahme enthält dieses Kapitel, dass Deutschland sich bei den Vereinten Nationen für die friedliche Erforschung und die sichere und nachhaltige Nutzung des Weltraums einsetzen und die internationale Zusammenarbeit und Weltraumdiplomatie stärken wird. Deutschland fördert den Dialog über sicherheits- und verteidigungspolitische Relevanz des Weltraums und beteiligt sich in den Vereinten Nationen an der Erarbeitung von politisch-verbindlichen Grundsätzen und Normen für ein verantwortliches Staaten-Verhalten im Weltraum, die langfristig in ein rechtsverbindliches Instrument münden könnten.

Auch im Kapitel 2.6. „Nachhaltige und sichere Nutzung des Weltraums“ findet die völkerrechtliche Ebene Erwähnung. Da der Mensch immer stärker in den Weltraum eingreift, steige auch der Regulierungsbedarf. Die Stärkung und Weiterentwicklung der internationalen Ordnung im Weltraum auf Grundlage des Völkerrechts ist eine Aufgabe der internationalen Staatengemeinschaft. Deutschland stelle sich innerhalb der Vereinten Nationen sowie im bi- und multilateralen Rahmen dieser Verantwortung und setze sich aktiv dafür ein. Als konkrete Ziele und Maßnahmen setzte sich die Bundesregierung für Nachhaltigkeitsstandards und Best-Practice-Regeln ein, darunter für eine deutliche Verkürzung der Verweilzeit ausgedienter Satelliten im Orbit, eine effektive Nutzung von Orbit- und Frequenzressourcen, die vorausschauende Vermeidung von unnötigen Licht- und Funkemissionen sowie die umweltfreundliche Ausgestaltung der gesamten Bodeninfrastruktur, eine möglichst ressourcenschonende und emissionsfreie Produktion und

Betrieb der technischen Systeme sowie eine mit Nachhaltigkeitszielen zu vereinbarende Nutzung. Die Richtlinien zur Vermeidung von Weltraumschrott werden von Deutschland unterstützt, weiterentwickelt und umgesetzt.

Schließlich wird die völkerrechtliche Ebene auch im Kapitel 2.8 „Internationale Weltraumexploration“ aufgegriffen. Da es sich beim Weltraum und den Himmelskörpern um einen internationalen Staatengemeinschaftsraum jenseits nationaler Gesetzgebung handle, könne nur das Völkerrecht die Erforschung und Nutzung der dort vorhandenen Ressourcen regeln. Dazu wurde mit maßgeblicher deutscher Beteiligung vom Rechtsunterausschuss des UNCOPUOS die Arbeitsgruppe „Space Resources“ gegründet. Eine begleitende internationale Konferenz zu Weltraumressourcen sei für das Jahr 2024 geplant. Unter den Zielen und Maßnahmen plant die Bundesregierung, sich im Rahmen der Vereinten Nationen für eine zeitgemäße internationale Regulierung der Aktivitäten auf anderen Himmelskörpern einzusetzen. Es sollen rechtssichere Grundlagen für die nachhaltige und ethische Nutzung von Ressourcen im Weltraum sowie den Weltraumbergbau geschaffen werden.

Nationales Weltraumgesetz

Von Frau Dr. Anna Christmann kamen über die letzten Monate wiederholt Äußerungen, nach der Verabschiedung der Strategie werde sich die Bundesregierung wieder dem Weltraumgesetz widmen. Entsprechend wurden in der Strategie dazu konkrete Aussagen erwartet. Sie geht jedoch nur kurz und oberflächlich auf das nationale Weltraumgesetz ein. Die Bundesregierung strebe ein nationales Weltraumgesetz an, das u. a. zur Nachhaltigkeit von Weltraumaktivitäten beitragen wird, indem es ein Genehmigungserfordernis für und die Überwachung von Weltraumaktivitäten vorsieht. Ein nationales Weltraumgesetz, mit dem Deutschland unter anderem seine völkerrechtlichen Verpflichtungen aus dem Weltraumvertrag umsetzen wird, macht auch die Entstehung von Weltraumschrott unwahrscheinlicher und trägt zur nachhaltigen und sicheren Nutzung des Weltraums bei. Gesetzliche Regelungen sollen auch zu Verlässlichkeit und einem innovativen und wettbewerbsfähigen Standort für Raumfahrtunternehmen

beitragen. Zudem werde bei der Erstellung des Weltraumgesetzes die Aufnahme sicherheitsrelevanter Aspekte geprüft. Über diese eher nichtssagenden Sätze hinaus finden sich weder zum Zeitplan noch zu Inhalten konkretere Aussagen. Da nun die Nordseeplattform doch mit 2 Millionen Euro finanziell von der Bundesregierung gefördert werden soll, wie die Süddeutsche Zeitung gestern berichtete, wird das deutsche Gesetz jedenfalls auch detaillierte Regelungen für diese enthalten müssen. Und laut dem Tagesspiegel vom 27. September solle das Weltraumgesetz noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden.

Fazit: Auch mit einer rein rechtlichen Perspektive muss man sich den vielen ersten kritischen Bewertungen zur Raumfahrtstrategie anschließen. Sie erschöpft sich auch zu rechtlichen Themen oft in Allgemeinplätzen und vermeidet praktisch durchgängig jede Konkretheit.

Die Raumfahrtstrategie der Bundesregierung finden Sie hier: [Raumfahrtstrategie der Bundesregierung](#)

Unsere Experten für Weltraumrecht:**Dr. Ingo Baumann**

Rechtsanwalt | Partner

Ingo.Baumann@bho-legal.com

☎ + 49 (0) 221 270 956 118

**Erik Pellander**

Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Erik.Pellander@bho-legal.com

☎ + 49 (0) 221 270 956 270

BHO Legal berät europäische und nationale Behörden, öffentliche Auftraggeber und private Unternehmen in allen Fragen des Technologierechts. Wir fokussieren uns auf die Sektoren Luft- und Raumfahrt, Forschung und Entwicklung, IT und Digitalisierung sowie Sicherheit und Verteidigung. Unsere Tätigkeitsschwerpunkte sind das nationale und internationale Vergaberecht, Vertragsrecht, Luft- und Weltraumrecht, IT- und Datenschutzrecht, Gewerblicher Rechtsschutz sowie das Zuwendungs- und Beihilferecht. Mehr über uns:

www.bho-legal.com[LinkedIn-Profil](#)**BHO Legal**Hohenstaufenring 29-37
50674 Köln

☎ + 49 (0) 221 270 956 0

☎ + 49 (0) 221 270 956 222

cologne@bho-legal.com

